

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verantwortl. Redakteur: Riese, Nr. 20, Postfach Nr. 22.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptpostamts Meißen befähigterseits bestimmte Blatt.

Postfach Nr. 22, Riesa Nr. 22.

Nr. 81.

Mittwoch, 6. Februar 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Wiedereintritts von Produktionsunterbrechungen, Schließungen der Höfen und Raststättenpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 20 Zeilen 1 Mark. In jeder Spalte 10 Zeilen (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; die 50 man breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, je nach Lage. Sonstige Rabatte erteilt, wenn der Betrag vorläufig, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Spazierer an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Janger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Heilmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Frankreichs Kolonialpolitik.

Die Friedensverträge haben Deutschland seine ehemaligen Kolonien mit einer Begründung genommen, die die deutsche Kolonialpolitik, überhaupt die Art Deutschlands, seine Ueberseesgebiete zu kolonisieren und einer westlichen Zivilisation einzuschreiben, in schärfster Weise verurteilen will. Wenn auch das, was Deutschland als Kolonialmacht einst in Afrika leistete, durch unabwehrbare Tatsachen festliegt, so bleibt dieses ungewöhnliche Urteil wenigstens auf dem Papier bestehen. Deutschland erkennt es nicht an, sicherlich auch nicht die Mehrheit der Weltöffentlichkeit. Aber das hindert nicht die Siegermächte, immer dann, wenn sie dieses Urteil für ihre Propaganda gebrauchen, mit dieser angeblichen Verschuldung Deutschlands aufzutreten. In Anbetracht dieser Einstellung ist es von Zeit zu Zeit ganz interessant, einmal die Methoden unter eine kritische Lupe zu nehmen, die diese Mächte zur Kolonisierung ihrer Ueberseesgebiete verwenden. Vor einiger Zeit tauchten besonders in den Niederlanden Nachrichten auf, die von einer ausgedehnten Aufstandsbewegung in Äquatorial-Afrika, also der zentral gelegenen afrikanischen Kolonie Frankreichs reden. Paris hat sich zwar bemüht, diese Nachrichten zu dementieren oder zum mindesten die ganze Angelegenheit als ziemlich bedeutungslos hinzustellen. Immerhin gibt die französische Presse zu, daß Unruhen stattgefunden haben. Es soll nicht unsere Aufgabe sein, hier festzustellen, ob die Meldungen über die Erhebungen in Äquatorial-Afrika übertrieben sind oder nicht, uns interessiert mehr die Frage nach den Ursachen. Daß die Regierbedürftigkeit der französischen Kolonie unzufrieden ist und der französischen Verwaltung große Schwierigkeiten bereitet, wird von Paris zugegeben. Die Frage nach den Gründen ergibt sich also von selbst.

Bereits vor einigen Jahren wies der heute noch in französisch Äquatorial-Afrika amtierende Gouverneur in Paris, die französische Regierung hatte ihn zurückberufen, um Bericht zu erstatten über gewisse Unruhen der Bevölkerung, die damals die Pariser Öffentlichkeit äußerst beschäftigten. Die ganze Angelegenheit kam in die Kammer, es gab damals eine sehr lebhaft Debatte, dem Gouverneur gelang es aber, die Mehrheit des Parlamentes von der Zweckmäßigkeit seiner Maßnahmen zu überzeugen. Die Frage wurde liquidiert, und der Gouverneur kehrte wieder auf seinen Posten nach Äquatorial-Afrika zurück. Wenn auch damals die ganze Angelegenheit vertuscht wurde, so verdrängten doch nicht bestimmte linksorientierte Pariser Zeitungen darauf, einiges über die Gründe der Unzufriedenheit der eingeborenen Bevölkerung in Äquatorial-Afrika zu sagen. Die Ursachen lassen sich auf folgende Tatsachen zusammenfassen: Lange Zeit hatte sich die französische Regierung um diese innerafrikanische Kolonie wenig gekümmert. Offenbar in der Erkenntnis, daß die Erschließung dieser Gebiete den Finanzen des Landes großen Abbruch tun müßten. Schließlich entschloß man sich doch zu einem sogenannten Latifundien-System. Eine große Anzahl von französischen Gesellschaften wurde die Ausbeutung der ungeheuren Landflächen zu einem Spottpreis überlassen. Man hat hier zu beachten, daß diesen Gesellschaften ein Gebiet von ungefähr 730 000 Quadratkilometern überlassen wurde, also eine Fläche, die fast anderthalbmal so groß ist wie Deutschland. An und für sich ist das Land reich an Bodenschätzen. Die Schwierigkeit bestand und besteht auch heute noch darin, daß diese Schätze an Gummi und Holz nur unter Ueberwindung großer Hindernisse an die Küste geschafft werden können, da Eisenbahnen kaum vorhanden sind. Der Transport wurde daher durch Träger bewerkstelligt. Als Träger verwendete man Neger, die, da sie sich nicht freiwillig zu diesem Dienst meldeten, hierzu durch Zwangsmittel ausgehoben wurden. Für ihre Arbeit erhielten sie so gut wie keine Entlohnung, hygienische Maßnahmen wurden überhaupt nicht getroffen. Die Folge davon war, daß eine erschreckend große Anzahl dieser eingeborenen Träger auf Grund der Strapazen und der Entbehrungen aller Art zu Grunde gingen. Es ist begreiflich, daß die strapazierten, mit der die benötigten Träger mit Hilfe von Militär ausgehoben wurden, eine ungeheure Erregung unter den Eingeborenen auslöste. Inzwischen hat sich die ganze Sachlage für die Regierbedürftigkeit insofern äußerst verschlimmert, als die französische Regierung vor einigen Jahren zu dem Entschluß überging, die schon lange projektierte Bahnlinie aus dem Inneren des Landes zur Küste in die Tat umzusetzen. Dieser Bahnbau erfordert natürlich eine Riesenzahl von Arbeitern, die, da Europa sich ihm nicht unterziehen wollten, aus der Regierbedürftigkeit herausgeholt wurden. Dieses "Der-aus-holen" geschah mit den üblichen Methoden einer zwangsmäßigen Ausbeutung. Den französischen Militärbediensteten gelang es in kurzer Zeit, 30- bis 40 000 Neger für diesen Bahnbau zu "dingen". Man hat nun zu beachten, daß das Innere des Landes aus Urwald besteht, daß dort ein ungeheures Klima herrscht, Fieber epidemien an der Tagesordnung sind, also Umstände vorhanden sind, die größtenteils hygienische Maßnahmen für die Arbeiter des Bahnbauwerks erforderlich gemacht hätten. Nichtsdestoweniger wurde für die Unterbringung, Ernährung und Gesundheitspflege der Neger von der französischen Kolonialverwaltung keinerlei Vorkehrung getroffen. Die Folge: fast vier Fünftel der Regierbedürftiger gingen elend im Wald zugrunde.

Wit bürren Worten sind hier die Ursachen aufgedeckt, die den Unruhen in Äquatorial-Afrika zu Grunde liegen.

Der Reichstag zur Erwerbslosenfrage.

von Berlin, 5. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Abg. Graf v. Helldorf (Dn.), er frage in einer Interpellation die Regierung, ob sie nicht schleunigst dagegen einschreiten wolle, daß von der Sozialdemokratie eine Broschüre "Sozialdemokratie und Arbeitslosigkeit" herausgegeben wird, in der Hochverrat und Landesverrat im Kriegsfalle propagiert werde (Hört! Hört! recht!). Als Verlagsort sei das Reichstagsgebäude bezeichnet (Hört! Hört!). Die Regierung müsse erklären, ob es mit der Würde des Reiches vereinbar sei, daß der Reichskanzler seinen Auftrag von einer Partei erhalte, die den Hoch- und Landesverrat propagiert. Es sei auch ein unerhörter Mißbrauch, für eine solche Broschüre den Reichstag als Verlagsort zu nennen (Lachen v. d. So.).

Präsident Ebel erklärt, er werde die Interpellation der Regierung zuweisen. Was den Verlagsort betrifft, so könne jeder Abgeordnete das Reichstagsgebäude als seine Adresse angeben.

Auf der Tagesordnung stehen Anträge der Kommunisten, des Zentrum, der Wirtschaftspartei, der Deutschen Nationalen und der Sozialdemokraten, die sich mit der

Erwerbslosen- und Krisenfürsorge

beschäftigen. Abg. Janda (Komm.) begründet die kommunistischen Anträge. Er verweist auf die große Erwerbslosenfrage, die jetzt schon auf 3 000 000 angeht. Die Unterstützung sei ganz unzureichend. Für eine achtköpfige Arbeiterfamilie werde in manchen Gebieten eine Tages-Unterstützung von 1,07 Mark gezahlt, während das amtlich bemittelte Futtergeld für einen Volksgenossen 1,50 Mark betrage (Hört! Hört! bei den Komm.). Der Leiter der deutschen Finanzpolitik sei in Wahrheit der Reichsbankpräsident, der Reichsfinanzminister sei nur die Marionette; er werde vom Reichsbankpräsidenten wie ein Puppenspieler hoch- und niedergesogen. (Der Redner erhält einen Ordnungsruf.) Die Erwerbslosen müßten selbst ihr Schicksal in die Hand nehmen und die heutige Gesellschaftsordnung stützen.

Reichsarbeitsminister Wisfl

beantwortet die kommunistische Interpellation. Die Notlage der Erwerbslosen sei zu ernst, um mit Parteifragen verknüpft zu werden. Diese Frage müsse mit dem Herzen beantwortet werden (Lachen und Rufe bei d. Komm.: "Heuchelei!"). Die die Regierung zur Erwerbslosenfrage steht, das hat sie in erster Instanz gesagt, die zunächst nur dem Reichsrat vorliegt.

In dieser Schrift betont die Regierung, daß sie die Not der Erwerbslosen tief beklage und die Ausgaben zur Linderung dieser Not als produktive Ausgaben im besten Sinne betrachte. (Lachen bei den Komm.) Ich verstehe die bittere Not der Erwerbslosen, denn ich habe in meinem eigenen Leben oft genug Not und Elend gelitten und dem Gespöck der Arbeitslosigkeit ins Auge geblickt zu einer Zeit, in der es noch keine Erwerbslosen-Unterstützung gab. (Lachen v. d. Komm. und Nationalsozialisten.) Für soziale und menschliche Regungen haben Sie offenbar kein Verständnis. (Neuer Lärm v. d. Komm. — Der Präsident ersucht die Kommunisten, doch die Antwort auf ihre Interpellation anzuhören.) Wie die Kommunisten auf die Arbeitslosenfrage von 3,2 Millionen kommen, ist mir schleierhaft. Tatsächlich haben wir zwei Millionen unterstützte Erwerbslose.

Auch diese Zahl aber umfaßt noch genug an Bitternis, Kummer und Not. Der harte Frost in diesem Winter hat die Erwerbslosigkeit in den Außenbetrieben sehr gesteigert. In der Veröffentlichung der Reichsbank für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung sind die Aussichten für die Zukunft mit einem Optimismus dargestellt worden, der das berechtigteste Maß weit überschreitet. Die Reichsbank hält keineswegs vor dem finanziellen Zusammenbruch. Wenn freilich der harte Frost noch lange anhält, dann müßte geprüft werden, ob der finanzielle Aufbau der Erwerbslosenversicherung unverändert bleiben kann. (Lärm bei den Komm.) In ihrer heutigen Gestalt ist die Arbeitslosenversicherung ein erster Versuch auf einem ganz besonders schwierigen Gebiet. Zur Veränderung ist aber jetzt der Zeitpunkt noch nicht gekommen. Ich bitte, die dahingehenden Anträge abzulehnen. In der Krisenfürsorge sind Änderungen leichter möglich.

Die Regierung ist der Meinung, daß der Kreis der unter die Krisenfürsorge fallenden Arbeiter wesentlich erweitert werden muß. Für die Saisonarbeiter kommt die Krisenfürsorge nicht in Frage. Die Erweiterung der Krisenfürsorge soll zunächst bis Anfang Mai erfolgen. Eine weitere Verlängerung der Unterstützungsdauer hält die Regierung im Augenblick noch nicht für notwendig. Die Arbeitsvermittlung soll ausgebaut werden, besonders auf

dem Lande und in den kleinen Städten. Die Regierung ist bemüht, den Arbeitsmarkt durch Vergabe zahlreicher Aufträge günstig zu beeinflussen. Mit den Mitteln der Sozialpolitik allein kann die Arbeitslosigkeit nicht beseitigt werden, dazu ist eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse notwendig. Im Ausschuss wird die Regierung im einzelnen darlegen, wohin ihre Maßnahmen zielen (Lachen bei den Komm.).

Abg. Frey (Soz.) hält den Kommunisten vor, daß ihre Anträge undurchführbar seien. Die Kommunisten rufen wiederholt: "Schwindler!" — Präz. Ebel ruft die kommunistischen Abgeordneten Müller und Rabel zweimal zur Ordnung und droht ihnen bei der Wiederholung unparlamentarischer Zwischenrufe strengere Maßnahmen an.

Neue Vorschläge entstehen, als der Redner den Kommunisten vorwirft, sie seien geradezu die Beschützer der unorganisierten Arbeiter.

Die Krisenfürsorge sollte auf alle Berufe ausgedehnt und ihre Bezugsdauer wesentlich verlängert werden.

Abg. Kiefler (Str.) verweist in der kommunistischen Interpellation jeden Hinweis, wie den Arbeitslosen geholfen werden könne. Durchführbare Mittel seien auch in den kommunistischen Anträgen nicht genannt. Die herabsetzenden Bemerkungen über die deutsche Sozialpolitik seien nicht am Platze. Einführung der Arbeitslosenversicherung sei ein Ruhmesblatt der deutschen Sozialpolitik. Der Redner begründet einen Antrag, der gesetzliche Maßnahmen zur Abstellung der Mängel fordert, die der Arbeitslosenversicherung noch anhaften.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) schildert die besondere Notlage der erwerbslosen Angehörten. Bei ihnen habe die Erwerbslosigkeit die längste Dauer. Erstreckend groß sei unter den Erwerbslosen die Zahl der älteren Angehörten. Ohne Sondermaßnahmen werde man diesen Angehörten nicht helfen können, für sie sei eine Verlängerung der Bezugsdauer notwendig. Eine Beitragsüberhöhung müsse abgelehnt werden. Bei noch größerer Steigerung der Arbeitslosigkeit müßten die Mehrkosten aus allgemeinen Reichsmitteln gedeckt werden.

Abg. Trochmann (Bayr. Sp.) fordert Maßnahmen zur vermehrten Arbeitsbeschaffung und zur Verringerung des Bauarbeits. Die kommunistischen Forderungen seien geeignet, die ganze Arbeitslosenversicherung totzuschlagen. Wenn die Erwerbslosen dem kommunistischen Aufruf folgten, würden sie nur noch tiefer ins Elend geraten. Der Redner erklärt sich mit der Ueberweisung der Anträge an den Ausschuss einverstanden und spricht die Hoffnung aus, daß Verbesserungen zugunsten der älteren Angehörten erreicht werden.

Abg. Stöhr (Nat.-Soz.) kritisiert den Bericht des Reparationsagenten und fordert dessen Ausweitung als lästiger Ausländer; zugunsten der älteren erwerbslosen Angehörten müßten radikale gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, vielleicht ein Einkommenszwang, wie ihn die Demobilisationsordnung für die Kriegsdienstbeschädigten vorsah.

Der sozialdemokratische Antrag, die Krisenfürsorge auf alle Berufe auszudehnen, die Bezugsdauer allgemein auf 52 Wochen auszudehnen und für die über Vierzigjährigen gar nicht zu begrenzen, sollte ohne Rücksicht sofort angenommen werden.

Die Nationalsozialisten beantragten anmentliche Abstimmung über diesen Antrag.

Abg. Döhrich (Christl.-Nat.-Bauernpartei) meint, eine grundlegende Änderung der Arbeitslosenversicherung lasse sich nicht vermeiden. Die Rentenpolitik dehe sich immer mehr aus und hindere eine gesunde Entwicklung der Wirtschaft. Die beste Sozialpolitik sei eine Stärkung der Wirtschaft, besonders der Landwirtschaft.

Abg. Nibel (Komm.) wirft dem Arbeitsminister vor, er habe gleichzeitig mit der Erweiterung der Krisenfürsorge den Landesarbeitsministern eine Anweisung gegeben, die diese Erweiterung praktisch wieder aufhob.

Damit schließt die Aussprache.

Es ist Ueberwindung aller Anträge an den Sozialpolitischen Ausschuss beantragt worden.

Abg. Dr. Friedl (Nat.-Soz.) beantragt sofortige Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag.

Als Abg. Dittmann zur Geschäftsordnung auch für den Antrag seiner Partei die Ausschuss-Ueberweisung beantragt, wird von den Kommunisten gerufen "Immetret!" Abg. Dittmann wendet sich erregt gegen die Rufe und erklärt, seine Partei werde sich die Vöbeleien der Kommunisten nicht länger gefallen lassen. Die Kommunisten machen laute Rufe und Abg. Torgler (Komm.) erklärt, Abg. Dittmann habe mit den Vöbeleien angefangen.

Alle Anträge, auch der sozialdemokratische, werden dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Um 6 1/2 Uhr vertagt sich das Haus auf heute Mittwoch, 7 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Vorlage über die Entlastung des Reichsgerichts, der Kellogg-Pakt und das Arbeiterschutzgesetz.

Äquatorial-Afrika bedingten. Die europäische zivilisierte Welt hat durch Gehebe den Sklavenhandel schon längst beseitigt. So wird es wenigstens immer behauptet. Bezeichnend die Tatsachen in Äquatorial-Afrika nicht die Erkenntnis, daß ein Sklavenhandel, ein Sklavenland auch heute noch besteht? Das eine alte Zivilisationsland, die mit

ihre Zivilisation so großen Wert legt, Schutzherrin eines Sklavenhandels auch heute noch ist? Das diese Nation es wagt, Deutschland wegen seiner ehemaligen kolonialen Maßnahmen anzuklagen, ist eine Sache, für die die Zivilisation in Äquatorial-Afrika die bezeichnende Verachtung abgibt.